

Kopie an: Schweiz. Delegation Paris
Mission Brüssel
HH. von Arx und Kündig, EPD
J, Ja, Md, Pe

dodis.ch/52815

28. März 1977

ZW V-1					
103.					
v h					
Ref.	S.C.41. 780.19.0				

Herrn
Botschafter Prof. R. Bindschedler
Rechtsberater des EPD
3003 B e r n

Herrn
Prof. C. Zangger
Vizedirektor des Eidg. Amtes
für Energiewirtschaft
3003 B e r n

EE 900 - vT/Ze

Versorgung mit Kernbrennstoff

Sehr geehrte Herren,

Innerhalb der schweizerischen IEA-Delegation haben wir schon mehrmals darüber diskutiert, ob und wie die Pariser Agentur benützt werden könnte, um die Sicherheit unserer Versorgung mit Kernbrennstoffen zu erhöhen. Gerade das Beispiel unserer Schwierigkeiten mit Kanada zeigt, dass das Hauptproblem darin besteht, dass die internationale Debatte über den Handel mit nuklearen Gütern (zu) stark von nonproliferationspolitischen Erwägungen und Interessen beherrscht wird und dass die energiepolitischen Folgen von Lieferunterbrüchen für natürliches bzw. angereichertes Uran entweder nicht beachtet oder als nebensächlich in Kauf genommen werden. Die IEA, die die Verringerung des Oelanteils an der Energieversorgung und damit die Förderung der Kernenergie auf ihre Fahnen geschrieben hat, darf sich dieser Problematik nicht verschliessen, wobei von vorneherein klar sein muss, dass sich die Agentur nicht in die politischen und technischen Fragen der Nonproliferations-Debatte einschalten soll.

Die Schweiz ist wohl besser geeignet als z.B. der deutsche Präsident, in dieser Sache eine Initiative zu ergreifen, weil unser Problem tatsächlich ausschliesslich versorgungspolitischer Natur ist, während etwa der Streit zwischen den USA und der

Bundesrepublik über die Lieferung von Anlagen nach Brasilien primär nonproliferationspolitische Dimensionen aufweist und die Schwierigkeiten zwischen Euratom und Kanada durch andere Elemente (Verhältnis zwischen IAEA- und Euratom-Kontrolle) kompliziert werden. Voraussetzung für eine aktive schweizerische Rolle ist allerdings u.E., dass wir dem Londoner Klub unverzüglich beitreten, denn nur wenn wir punkto Nonproliferation im gleichen Glied mit den übrigen Industrieländern stehen, sind wir legitimiert, unerwünschte Nebenwirkungen der ganzen Debatte anzuprangern.

Ein mögliches Vorgehen, das wir zur Diskussion stellen möchten, würde darin bestehen, dass die Schweiz anlässlich des nächsten "Governing Board" der IEA vom 26./27. April den Präsidenten und Exekutivdirektor der Agentur sowie die Vertreter der Bundesrepublik, Grossbritanniens, Italiens, Japans und der EG-Kommission sowie eventuell weiterer Länder zu einem Nachtessen einlädt, das, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die nächste Sitzung des Londoner Klubs, Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch darüber bieten könnte, wie die Versorgung mit Kernbrennstoffen besser vor einer Beeinträchtigung durch die "Nonproliferationswirren" geschützt werden könnte und welche Rolle dabei die IEA zu spielen hätte.

Wir wären Ihnen für eine Stellungnahme zu dieser Idee dankbar. Die nötigen Kontakte müssten rechtzeitig vorbereitet werden. Man müsste sich auch überlegen, ob wir bereit sind, unserer diplomatischen Tätigkeit soviel Gewicht zu geben, dass man von der Organisation einer eigentlichen "Front der Kernbrennstoff-Importländer" sprechen kann, und ob z.B. Washington schon vor dem 20. April - Datum der Verkündung der neuen amerikanischen Energiepolitik - Zeichen gegeben werden sollen, dass die Importländer sich nicht alles gefallen lassen werden.

Wir möchten schliesslich noch beifügen, dass der Unterzeichnete anlässlich seines jüngsten Besuchs in Brüssel Gelegenheit hatte, diese Problematik mit Generaldirektor L. Williams zu besprechen.

- 3 -

Er teilt unsere Auffassungen in vollem Umfang und hat sich vorgenommen, mit dem für Energiefragen zuständigen EG-Kommissar, Guido Brunner, über dieses Thema zu sprechen.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Handelsabteilung

J.